

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 04.12.2018 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:45

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Nadine Bartz-Jetzki

Vertretung für Stv. Wetterau zu TOP 17 -
P4, P17 und P32

Stv. Gerd Holberg

Stv. Tobias Kaimer

Vertretung für Stv. Lemke

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Vertretung für Stv. Greeff

Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Giebels

Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Juliane Eichler

Stv. Uwe Elker

Stv. Marion Klaus

Stv. Ulrich Klaus

Vertretung für Stv. Drennhaus

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm

Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Stv. Peter Schniewind

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

Beigeordneter Engin Alparslan
StOVR'in Doris Abel
TA Simone Drechsler
StVD Michael Rennert
VA Michael Schneider
StOVR Gerhard Titzer
StA Anja Esser
VA Sonja Kunders

Personalrat

VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krenzel

Gäste

AM Nicola Günther
Stv. Barbara Kamm
Stv. Annegret Wahlers

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 31. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 161 bis 16.9 nicht gesondert zu beraten und zu beschließen, da die dort aufgeführten Stellen bereits im Stellenplan enthalten seien.

Es besteht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Bürgerantrag vom 12.11.2018**
hier: Sicherstellung eines ausreichenden Platzangebotes in der OGS
Gruiten für das Schuljahr 2019 / 2020
Vorlage: 10/179/2018
-

Beschluss:

Gem. § 11 Abs. 7 lit. e der Hauptsatzung der Stadt Haan, wird von der Prüfung des Bürgerantrages vom 12.11.2018 (siehe Anlage 1) abgesehen, da dieser im Hinblick auf die bereits zur Beratung anstehenden Vorlage 40/022/2018 – „Raumsituation an der GGS Gruiten - Bereitstellung eines Containers inkl. Möblierung“ keine neuen Gesichtspunkte enthält.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 2./ Gemeinsame Stellungnahme der kreisangehörigen Städte zum Entwurf**
des Kreishaushalts 2019 und der damit verbundenen Entwicklung der
Kreisumlage
Vorlage: 20/098/2018
-

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**3./ Übertragung von Entwässerungseinrichtungen an den Bergisch-Rheinischen Wasserverband
Vorlage: 60/053/2018**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, die in der Anlage 1 genannten Entwässerungseinrichtungen an den Bergisch-Rheinischen Wasserverband zu übertragen. Darüber hinaus sind Einrichtungen/ Bauwerke, welche im technischen Zusammenhang damit stehen, im Einvernehmen mit dem BRW an diesen zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**4./ Nachhaltige Maßnahmen zum Schutz der Insekten auf landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum der Gartenstadt Haan
hier: Antrag der Fraktion GAL vom 05.01.2018
Vorlage: 60/054/2018**

Protokoll:

Stv. Rehm verweist auf die Beratung dieses Tagesordnungspunktes im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) und schlägt vor, die Ziffern 3 und 5 ersatzlos aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Beschlussvorschlag:

Die Ziffern 3. und 5. werden ersatzlos gestrichen.

1. Landwirtschaftliche Nutzflächen im Eigentum der Stadt Haan werden bei Neuverpachtung vorrangig an Betriebe verpachtet, die sich verpflichten, mit der Bewirtschaftung einen Mehrwert für Natur und Artenvielfalt zu erzeugen. Dies kann zum Beispiel durch die Bewirtschaftungsvorgaben des ökologischen Landbaus oder durch eine Bewirtschaftung ohne Herbizide (wie Glyphosat) und/oder Insektizide (wie Neonikotinoide) geschehen.

-
2. Für Landwirte in bestehenden Verträgen, die vor Ende des Pachtvertrages freiwillig vorzeitig auf ökologische Bewirtschaftungskriterien umstellen wollen, entfällt die Pacht für die entsprechende Fläche für die Restdauer des Pachtvertrags (zusätzlich zur Inanspruchnahme weiterer EU-, Bundes- oder Landesförderung).
 4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die genannten Vorgaben einen Musterpachtvertrag sowie ein Bewertungssystem für Neuverpachtungen zu entwickeln.
 6. Um wirtschaftliche Härten zu vermeiden, werden bei jetzt neuen Pachtverträgen die Änderungen in den Bewirtschaftungsvorgaben erst nach Ablauf von 5 Jahren nach dem Beschluss des Rates wirksam. Zwischenzeitlich abgeschlossene Pachtverträge werden nur mit einer Dauer bis zu diesem Stichtag abgeschlossen.
 7. Die Verwaltung kommuniziert die Änderung der Bewirtschaftungsvorgaben an die betroffenen Landwirte.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

5./ Projekt GGS Gruiten, Prälat-Marschall-Str. 65, 42781 Haan Raumbedarfsdeckung Vorlage: 65/057/2018

Protokoll:

Stv. Rehm verweist auf den Antrag der GAL vom 29.05.2018 und zieht diesen im Namen der GAL-Fraktion zurück, da die Fraktion den Antrag nun als erfüllt ansehe.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist hierzu noch auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 30.05.2018 und fragt, ob die FDP-Fraktion diesen, ebenso wie die GAL, als erledigt ansehe und diesen zurückziehen würde.

Stv. Ruppert bejaht dies.

Beschlussvorschlag:

Die GGS Gruiten inklusive OGS/Verwaltung wird am Standort neu errichtet. Entsprechende Haushaltsmittel werden für den bereits beschlossenen Erweiterungsbau Klassentrakt und für die OGS/Verwaltung als Neubau in Höhe von 10,16 Mio. EUR inkl. USt. bereitgestellt. Die Verwaltung erhält hiermit den entsprechenden Auftrag zur Planung, Ausschreibung und Vergabe des Gesamtprojektes GGS Gruiten mit Klassentrakt, OGS und Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**6./ Nachhaltige Maßnahmen zum Schutz der Insekten auf kommunalen Grünflächen Stadt Haan
hier: Antrag der Fraktion GAL vom 22.05.2018
Vorlage: 70/022/2018**

Beschlussvorschlag:

1. Kommunale Grünflächen werden, wo es fachlich sinnvoll ist, durch Ansaat oder Initialpflanzung mit ein- oder mehrjährigen Blühpflanzen versehen. Die Flächen sollen frühestens zu einem Zeitpunkt gemäht werden, zu dem die Blütenpflanzen ausgesamt haben, so dass ihre dauerhafte Erhaltung auch ohne Neueinsaat möglich ist. Auf den Einsatz von Mulchmähern ist dabei zu verzichten. Soweit möglich sollen Blüh- bzw. Altgrasstreifen stehen gelassen werden bzw. die Pflege in Teilmahd erfolgen.
2. Auf die angelegten Flächen wird mit geeigneten Mitteln aufmerksam gemacht und der Hintergrund der Bevölkerung erklärt.
3. Bei Anpflanzungen auf kommunalen Flächen (z. B. Parks, Straßenbegleitgrün) werden bevorzugt einheimische Pflanzen ausgewählt, wenn kein zwingender Grund entgegen spricht.
4. Die Stadt Haan bekennt sich zur Kampagne des BUND „Pestizidfreie Kommune“ und verzichtet auf ihren Flächen weiterhin auf die Verwendung von Pestiziden.
5. Über den Umweltkalender und anderen geeigneten Medien wird auf die Möglichkeit einer Fachberatung zum Verzicht von Pestiziden im privat genutzten Garten hingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7./ Aufstellung von Pfandsammelbehältnissen, hier: Bürgerantrag der JUSOS Haan und Gruiten vom 09.08.2018
Vorlage: 70/023/2018

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt auf dem Stadtgebiet der Stadt Haan Pfandsammelbehältnisse einzurichten. Hierbei sollen die einzurichtenden Pfandsammelbehältnisse im Innenstadtbereich, Bachtal, Sandbachtal, Schillerpark, Park Ville d'Eu und an den beiden Haaner Bahnhöfen installiert werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

8./ Gebührensatzung für die Brandverhütungsschau
Vorlage: 32-2/063/2018

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Haan vom 14.12.2016 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

9./ Kostenersatz- und Entgeltsatzung bei Einsätzen der Feuerwehr
Vorlage: 32-2/064/2018

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Haan bei Einsätzen der Feuerwehr wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10./ Personalentwicklung der Feuer und Rettungswache
Vorlage: 32-2/065/2018**

Beschlussvorschlag:

1. Der Sachstandbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltung wird gestattet, bis zum 31. 12. 2020 anfallende Überstunden im Brandschutz sowie Krankentransport- und Rettungsdienst zu vergüten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle verhältnismäßige Maßnahmen (wie z. B. in Nrn. 3.1 bis 5 dieser Vorlage dargestellt) zu ergreifen, um den Personalmangel bei der Feuer- und Rettungswache Haan abzubauen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**11./ Raumsituation an der GGS Gruiten
Bereitstellung eines Containers inkl. Möblierung
Vorlage: 40/022/2018**

Beschlussvorschlag:

Für die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze am Schulstandort der GGS Gruiten wird für die Dauer des Schuljahres 2019/2020 die Bereitstellung zusätzlicher Container auf dem Schulgelände Prälat-Marschall-Str, 65, 42781 Haan beschlossen.

Für die Einrichtung des zusätzlichen Raums werden darüber hinaus Einrichtungskosten in Höhe von 8.500 € im Haushalt 2019 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

12./ Teilnahme am Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit"
Vorlage: 40/019/2018

Beschlussvorschlag:

Die Teilnahme am Landesförderprogramm „Alle Kinder essen mit“ wird beschlossen. Im Haushalt 2019 werden für den erforderlichen Eigenanteil bei Produkt 030700 Haushaltsmittel in Höhe von 1.200 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

13./ Projekt KGS Don-Bosco
Erweiterungsbau und Denkmalschutz Altbau
Vorlage: 65/056/2018

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

14./ Infrastruktur am Sportplatz Gruitzen
Vorlage: 40/021/2018

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass der Rat in den Haushaltsplanberatungen 2017 beschlossen habe den Schuldendienst des TSV Gruitzen zu übernehmen. Daher seien im Haushalt bereits finanzielle Mittel eingestellt. Es könne daher sein, dass diese eingeplanten Mittel dazu führen könnten, dass der TSV Gruitzen dadurch keine Mittel aus dem geplanten Förderprogramm des Landes „Moderne Sportstätten 2022“ erhalten könne. Jedoch könne die Verwaltung dies noch nicht abschließend bestätigen, da die Förderkriterien vermutlich erst Mitte 2019 bekannt gegeben werden. Die Verwaltung habe zusammen mit dem TSV Gruitzen das Risiko abgewogen und mache nun den Vorschlag, diese im Haushalt eingestellten finanziellen Mittel wieder herauszunehmen und den damaligen Beschluss des Rates bezüglich des Schuldendienstes aufzuheben. Weiterhin solle im Beschlussvorschlag festgehalten werden, dass die Verwaltung den TSV Gruitzen bei der Antragsstellung der Fördermittel unterstütze.

Stv. Lukat erläutert, dass die WLH-Fraktion eine grundsätzliche Diskussion über den Antrag des TSV Gruiten führen möchte. Es gehe darum ein Signal zu setzen, dass man den Antrag ernst nehme und den aktuell vorhandenen Missstand der vorhandenen Sanitäranlagen beseitige. Interimsweise sollten dann Sanitärcontainer aufgestellt werden.

Stv. Stracke führt aus, dass die SPD-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion kritisch sehe, da sich dieser auf Fördermittel stütze, welche noch nicht konkret vorhanden bzw. für welche die Bedingungen noch nicht klar seien. Dies sei eine Unsicherheit für den Verein, welche ihm auch die Verwaltung nicht geben könne.

Stv. Wetterau erläutert zum Antrag der CDU-Fraktion, dass der Beschluss natürlich nur im Einvernehmen mit dem TSV getroffen werden könne. Sollte es darauf hinauslaufen, dass der TSV nicht förderberechtigt sei, könne der Rat und die Verwaltung mit einem Nachtrag zum Haushalt reagieren.

Stv. Ruppert halte es für unverantwortlich finanzielle Mittel der Stadt auszugeben, wenn doch andere Mittel des Landes bereitstünden. Der Rat sei aber auch in der Pflicht zu seinen Beschlüssen zu stehen und den Verein nicht hängen zu lassen. Im Falle, dass der TSV keine Fördermittel erhalte, könne ggfs. der alte Ratsbeschluss wieder aktiviert werden.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die anwesenden Mitglieder des Vorstandes des TSV-Gruiten begrüßt diese und möchte ihnen die Gelegenheit geben eine Stellungnahme abzugeben. Hierfür unterbricht sie um **17:35 Uhr** die Sitzung.

Der **Vorstand des TSV-Gruiten** gibt seine Stellungnahme zu diesem Sachverhalt ab.

Um **17:40 Uhr** beendet **Bgm'in Dr. Warnecke** die Sitzungsunterbrechung.

Techn. Bgo. Alparslan erklärt zum Vorschlag der WLH-Fraktion bezüglich der Sanitärcontainer, dass diese für eine Interimslösung sehr teuer seien. Eine Instandsetzung der vorhandenen Sanitäreinrichtungen wäre vermutlich günstiger. Gleichwohl führt er aus, dass auch eine Instandsetzung selbstverständlich keine Dauerlösung sei. Längerfristig führe kein Weg an einer Sanierung der Sanitäranlagen vorbei.

Stv. Stracke meldet aufgrund der noch offenen Fragen und der noch nicht abschließend geklärten Bedingungen Beratungsbedarf für die SPD-Fraktion an.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion hat Beratungsbedarf festgestellt. Eine Beschlussempfehlung an den Rat erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

15./ Zuschusserhöhung für die Schuldnerberatung **Vorlage: 50/020/2018**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt, dass Haan neben Heiligenhaus die einzige Stadt im Kreis Mettmann sei, welche der Caritas zusätzliche Zuschüsse gewähren.

Stv. Sack spricht sich dafür aus. Er halte es für sinnvoll, da dies u.a. auch eine positive Signalwirkung habe.

Stv. Stracke verweist auf Teil B des Beschlussvorschlages und schlägt vor, den dort genannten Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Beschlussvorschlag:

- a) Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Haan zu beschließen, den an den Caritasverband im Kreis Mettmann für die Schuldnerberatung in Haan gewährten Zuschuss in Höhe von derzeit 13.312,00 € um 11%, mithin um 1.464,00 € zu erhöhen.
- b) Dem Antrag des Caritasverbandes im Kreis Mettmann zu Erhöhung des Zuschusses für die Schuldenprävention in Höhe von derzeit 6.188,00 € um 11% zu erhöhen, wird zugestimmt. Der entsprechende Betrag wird mit einem Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

zu a:

einstimmig angenommen

zu b:

mehrheitlich angenommen

10 Ja / 7 Nein / 1 Enthaltung

16./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2019 **Vorlage: 10/172/2018**

Beschluss:

Der Stelleplan 2019 wurde zusammen mit dem Haushaltsplan 2019 beraten und beschlossen, da der Stellenplan eine Anlage des Haushaltsplanes darstellt. Eine gesonderte Beschlussfassung des Stellenplanes erfolgt im HFA daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**16. Erhöhung des Stellenanteils bei der Stelle 32/3 im Produkt 020110
1./ (allgemeine ordnungsbehördliche Aufgaben) von 0,3 auf 1,0
Vorlage: 32/063/2018**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Erhöhung eines zusätzlichen Stellenanteils um 0,7 bei den allgemeinen ordnungsbehördlichen Aufgaben (E 10) zu. Die Erhöhung ist im Stellenplan 2019 aufzunehmen.

Die Stelle ist bereits im vorgelegten Stellenplan enthalten und wurde daher nicht eigenständig beraten und beschlossen. Der Beschluss und das Abstimmungsergebnis über den Stellenplan (*Siehe Beschluss zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019*) gilt entsprechend auch für diese Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

(Entsprechend dem Abstimmungsergebnis zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019)

**16. Einrichtung einer Vollzeitstelle „Leitung Abteilung Technik und
2./ stellvertretende Amtsleitung“ im Gebäudemanagement, EG 12
Vorlage: 65/048/2018**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 für die Leitung der Abteilung Technik und stellvertretende Amtsleitung im Gebäudemanagement zu.

Die Stelle ist bereits im vorgelegten Stellenplan enthalten und wurde daher nicht eigenständig beraten und beschlossen. Der Beschluss und das Abstimmungsergebnis über den Stellenplan (*Siehe Beschluss zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019*) gilt entsprechend auch für diese Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

(Entsprechend dem Abstimmungsergebnis zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019)

16. Vorlage zur Stellenplanberatung 2019

**3./ Erhöhung des Stellenanteils der Stelle 66/19, EG 8, von derzeit 0,7 auf 1,0
(betroffene Produkte 110210,110220,110230)**

Vorlage: 10/175/2018

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Erhöhung des Stellenanteils der Stelle 66/19 von 0,7 auf 1,0 (Stellenanteil von 0,3 im Produkt 110220) im Stellenplan 2019 zu.

Die Stelle ist bereits im vorgelegten Stellenplan enthalten und wurde daher nicht eigenständig beraten und beschlossen. Der Beschluss und das Abstimmungsergebnis über den Stellenplan (*Siehe Beschluss zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019*) gilt entsprechend auch für diese Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

(Entsprechend dem Abstimmungsergebnis zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019)

16. Vorlage zur Stellenplanberatung 2019

- 4./ hier: Aufnahme eines Stellenanteils von 1,0 im Produkt 010810
(allgemeines Personalwesen), Personalsachbearbeitung EG 9c/A10 im
Stellenplan 2019
Vorlage: 10/171/2018**
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der Aufnahme eines Stellenanteils von 1,0 im Produkt 010810, Personalsachbearbeitung EG 9c/A10 im Stellenplan 2019 zu.

Die Stelle ist bereits im vorgelegten Stellenplan enthalten und wurde daher nicht eigenständig beraten und beschlossen. Der Beschluss und das Abstimmungsergebnis über den Stellenplan (*Siehe Beschluss zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019*) gilt entsprechend auch für diese Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

(Entsprechend dem Abstimmungsergebnis zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019)

16. Vorlage zur Stellenplanberatung 2019

- 5./ hier: Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils in der Fachberatung
„Kindertagespflege“
Vorlage: 10/168/2018**
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 0,5 in der Fachberatung „Kindertagespflege“ (Eingruppierung S 12) zu.

Die Stelle ist bereits im vorgelegten Stellenplan enthalten und wurde daher nicht eigenständig beraten und beschlossen. Der Beschluss und das Abstimmungsergebnis über den Stellenplan (*Siehe Beschluss zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019*) gilt entsprechend auch für diese Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

(Entsprechend dem Abstimmungsergebnis zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019)

- 16. Vorlage zur Stellenplanberatung 2019**
6./ Beibehaltung eines Stellenanteils von 0,5 Asylhausmeister (EG 6) im Produkt 100400
Vorlage: 10/177/2018
-

Beschlussvorschlag:

Die Vorlage wurde als Veränderungsantrag der Verwaltung Nr. 26a, b, c in den Haushaltsplanberatungen beschlossen.

Der Rat stimmt der Beibehaltung eines Stellenanteils von 0,5 Asylhausmeister (EG 6) im Produkt 100400 im Stellenplan 2019 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 16. Vorlage zur Stellenplanberatung 2019**
7./ Einrichtung einer Stelle IT-Netzwerkadministrator (EG 11)
Vorlage: 10/178/2018
-

Beschlussvorschlag:

Die Vorlage wurde als Veränderungsantrag der Verwaltung Nr. 27a, b, c in den Haushaltsplanberatungen beschlossen.

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils im Produkt 011000 „IT-Netzwerkadministrator“ (EG 11) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16. Vorlage zur Stellenplanberatung 2019

8./ hier: Einführung eines Schließdienstes für Verwaltungsgebäude der Stadt Haan

Vorlage: 10/170/2018

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einführung eines Schließdienstes für die Verwaltungsgebäude Kaiserstr. 85 und Alleestr. 8 in Haan mit einem Stellenanteil von insgesamt 0,5 (EG 3) zu.

Die Stelle ist bereits im vorgelegten Stellenplan enthalten und wurde daher nicht eigenständig beraten und beschlossen. Der Beschluss und das Abstimmungsergebnis über den Stellenplan (*Siehe Beschluss zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019*) gilt entsprechend auch für diese Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

(Entsprechend dem Abstimmungsergebnis zu TOP 17 – Haushaltsplanberatungen 2019)

16. Vorlage zur Stellenplanberatung 2019

9./ hier: Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte

Vorlage: 10/169/2018

Protokoll:

Stv. Ruppert verweist auf die geführte Diskussion in der Sitzung des Unterausschusses Organisation, Personal und Controlling am 29.11.2018. Er bekräftigt nochmals seine dort getroffene Aussage, dass er die Altersteilzeit und den damit verbundenen, frühzeitigen Weggang der Fachkräfte in Zeiten des Fachkräftemangels kritisch sehe.

Stv. Wetterau erläutert, dass es unter der Voraussetzung, dass für die Stadt Haan kein Haushaltssicherungskonzept mehr gelte, es auch keinen Grund gäbe, der Altersteilzeit zu widersprechen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einführung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte nach § 66 Landesbeamtengesetz NRW (LBG NRW) unter der Voraussetzung, dass das Haushaltssicherungskonzept beendet ist, mit Ausnahme der Beamtinnen und Beamten der Feuer- und Rettungswache der Stadt Haan zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

16. Antrag der GAL-Fraktion vom 25.10.2018
10./ hier: Beteiligung der Kinder in der Kommune (Kinderparlament)

Beschluss:

Die Vorlage wurde als Veränderungsantrag der Politik P26 in den Haushaltsplanberatungen beschlossen.

Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen für den Stellenplan 2019 die Einrichtung einer 0,5 Stelle für eine pädagogische Fachkraft, um das Jugendparlament und das neu zu installierende Kinderparlament zu betreuen und zu koordinieren. Für die Durchführung der Sitzungen des Kinderparlamentes muss sichergestellt werden, dass die Aufsichtspflicht gewährleistet ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

17./ Haushaltsplanberatungen 2019
Vorlage: 20/097/2018

Protokoll:

Alle bisher vorliegenden Veränderungsanträge der Verwaltung sowie der Politik wurden beraten und wenn möglich eine Beschlussempfehlung für den Rat abgegeben. Die Beschlussvorschläge der einzelnen Veränderungsanträge sind in den Arbeitsunterlagen zu den Haushaltsplanberatungen 2019 (**Siehe Ratsinformationssystem – Sitzung des Rates am 18.12.18 – TOP 17**) aufgeführt.

Produktbereich 10 – Bauen und Wohnen

Nr. 3, 4, 23 und 26 – Veränderungsanträge der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**Nr. P4 – Antrag der WLH vom 11.11.2018,
Nr. P17 – Antrag der CDU vom 13.11.2018 und
Nr. P32 – Antrag der SPD vom 25.11.2018
„zusätzliche Stelle Gebäudemanagement“**

Stv. Wetterau erklärt zu diesem Punkt seine Befangenheit und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Stellvertretend für ihn wird die Stv. Bartz-Jetzki an der Beratung teilnehmen.

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass die Verwaltung viele große Projekte gleichzeitig zu stemmen habe. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bauverwaltung würden derzeit am Limit arbeiten. Sollten noch weitere Projekte hinzukommen, sei dies mit der derzeitigen Personalstärke nicht machbar.

Stv. Ruppert verweist darauf, dass es ohnehin schon schwierig sei, Ingenieure zu finden. Aus seiner Sicht mache es keinen Sinn nun noch mehr Ingenieurstellen auszuschreiben, da die Aussicht auf Erfolg relativ gering sei. Gleichwohl hält auch er die anstehenden Bauprojekte für notwendig. Er macht daher den Vorschlag, für die mögliche Sanierung der Unterkunft Deller Straße ggfs. auf externe Ingenieure zurückzugreifen.

Techn. Bgo Alparslan erläutert, dass die Verwaltung sehr häufig mit externen Ingenieuren arbeite. Es würden dennoch viele Aufgaben bei der Verwaltung verbleiben, weshalb dies nicht zu einer Entlastung des Verwaltungspersonals führen würde.

Abstimmungsergebnis (zusätzliche Stelle Amt 65):

mehrheitlich angenommen

17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

**Nr. P4 – Antrag der WLH vom 11.11.2018
„Umsetzung Arbeitsaufträge Unterkünfte“**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja / 14 Nein / 3 Enthaltungen

Nr. P17 – Antrag der CDU vom 13.11.2018 (erweiterter Antrag aus SUVA 27.11.18)**„Herrichtung Wohnheim Dellerstraße“**

Stv. Stracke bemängelt, dass keine Unterlagen zum Zustand des Gebäudes oder eine solide Einschätzung der Kosten für die Sanierung vorlägen. Generell stelle sich die SPD-Fraktion die Frage, ob denn eine Sanierung im Sinne der Nachhaltigkeit überhaupt Sinn mache. Der Nachhaltigkeit folgend, wäre es besser einen Neubau anzugehen.

Stv. Kaimer erläutert, dass die CDU-Fraktion sich für die Sanierung ausspreche, da dies die schnellste Lösung für die Betroffenen darstelle. Bis ein Neubau realisiert sei, würde auch noch einige Jahre vergehen.

Stv. Schwierzke verweist auch darauf, dass für eine fundierte Beschlussfassung konkrete Zahlen vorliegen sollten.

Stv. Sack führt aus, dass in Zukunft hier sicherlich noch weitere Maßnahmen notwendig werden. Die GAL-Fraktion halte eine kurzfristige Lösung jedoch für angebracht.

Stv. Lukat spricht sich gegen eine Sanierung aus, da schon lange bekannt sei, dass das Gebäude sanierungsbedürftig sei. Es gehe darum menschenwürdige Unterkünfte zu schaffen. Dies sei mit einer Sanierung alleine jedoch nicht zu erreichen, weshalb sich die WLH-Fraktion für einen Neubau ausspreche.

Stv. Schniewind sieht sich außer Stande einen fundierten Beschluss zu fassen, da keine Unterlagen oder Kosten vorlägen. Er schlägt vor, dass die Verwaltung diese Unterlagen bis zur Sitzung des Rates vorlege, so dass der Rat einen entsprechenden Beschluss fassen könne. Er führt aus, dass bei einer Sanierung die schlechte Bausubstanz weiterhin vorhanden bleibe.

TA Drechsler erklärt, dass die Verwaltung vor einer Sanierung in jedem Fall das Gebäude und dessen Bausubstanz prüfe um festzustellen, ob eine Sanierung hier tatsächlich funktioniere. Allerdings benötige die Verwaltung dafür einen konkreten Auftrag, daher ist eine solche tiefgehende Analyse bisher noch nicht durchgeführt worden. Die Kosten für einen Neubau beziffert sie mit ca. 5 Mio. Euro.

Techn. Bgo. Alparslan ergänzt, dass die Verwaltung hier mit Kennzahlen nach den Grundlagen der Mindeststandards vorgehe. Hieraus würden sich die 5 Mio. Euro ergeben. Sofern der Neubau die gleiche Größe wie das bisherige Gebäude haben solle, lägen die Kosten bei ca. 4 Mio. Euro.

Stv. Stracke wundert sich über die beiden Kostenschätzungen. Er frage sich ob die Kostenschätzung von 4 Mio. Euro dann bedeute, dass die Mindeststandards nicht eingehalten werden würden. Er bemängelt, dass der Eindruck erweckt werde, die Sanierung des Gebäudes an der Deller Straße würde ebenso lange halten wie ein Neubau.

Stv. Rehm erläutert, dass die Verwaltung sicher zuerst eine tiefergehende Analyse der Bausubstanz des Gebäudes vornehmen müsse. Sollte hierbei herauskommen, dass das Gebäude nicht sanierungsfähig ist, müsse das Thema bezüglich eines Neubaus nochmal beraten werden. Es gehe jedoch darum jetzt schnellstmöglich zu handeln, um den Bewohnern eine menschenwürdige Unterkunft gewähren zu können.

Abstimmungsergebnis:

Über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages wurde getrennt abgestimmt.

Zu 1.

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Zu 2.

mehrheitlich angenommen
10 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen

Zu 3.

mehrheitlich angenommen
10 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen

Zu 4.

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Zu 5. (zusätzliche Stelle Amt 65)

Wurde bereits einstimmig beschlossen (siehe oben)

**Nr. P32 – Antrag der SPD vom 25.11.2018
„Unterkünfte Dellerstraße und Heidfeld“**

Abstimmungsergebnis:

Über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages wurde getrennt abgestimmt.

Zu 1.

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Zu 2.

mehrheitlich abgelehnt
8 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen

Zu 3.

mehrheitlich abgelehnt
7 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltungen

Zu 4.

einstimmig angenommen

7 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltung

Zu 5.

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 10 Nein / 3 Enthaltungen

Zu 6. (zusätzliche Stelle Amt 65)

Wurde bereits einstimmig beschlossen (siehe oben)

Nr. P18 / P19 – Antrag der WLH-Fraktion vom 16.11.18

„Aufgabe Unterkunft Düsseldorfer Straße“

Stv. Lukat erklärt, dass die WLH-Fraktion den Antrag bis Mitte 2019 ruhend stellt.

Nr. P20 / P21 – Antrag der WLH-Fraktion vom 16.11.18

„Prüfung Verzicht auf Sicherheitsdienst / Eingesparte Mittel für zusätzliche Integrationsprojekte und Bau einer Obdachlosenunterkunft“

Abstimmungsergebnis:

Über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages wurde getrennt abgestimmt.

Zu 1.

einstimmig angenommen

Zu 2.

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja / 16 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

Produktbereich 01 – Innere Verwaltung

Nr. 18 - Veränderungsantrag der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Nr. 19 - Veränderungsantrag der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Nr. 27, 28, 29, 30, 31, 34, 35 - Veränderungsanträge der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Nr. P27 – Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.18

„Neue Stelle Gebäudemanagement (Don Bosco, Steinkulle)“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung

Nr. 1, 2, 5 - Veränderungsanträge der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Nr. P3 – Antrag der WLH-Fraktion vom 10.11.18

„Anschaffung weiterer Geschwindigkeitsmessgeräte“

Stv. Lukat erläutert, dass es hier nicht um sog. Blitzeranlagen gehe, sondern es sich hierbei lediglich um Messgeräte handelt, welche die Geschwindigkeit der vorbeifahrenden Autos messe und diese den Autofahrern anzeige. Allein diese Signalwirkung habe oft schon zur Folge, dass die Autofahrer ihre Geschwindigkeit reduzieren. Weiterhin würden die gemessenen Geschwindigkeiten die Grundlage bieten ggfs. weitergehende Maßnahmen einzuleiten, wenn beispielsweise festgestellt wird, dass an potentiell gefährlichen Verkehrspunkten die Höchstgeschwindigkeit sehr oft überschritten werde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Nr. P14 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18

„Bürgerbüro Gruiten“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

6 Ja / 12 Nein / 0 Enthaltungen

Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben

Nr. 8, 9 – Veränderungsanträge der Verwaltung

Die beiden Veränderungsanträge der Verwaltung wurden bereits unter TOP 12 beraten und einstimmig angenommen.

Nr. 16, 17 – Veränderungsanträge der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Nr. P1 – Antrag der WLH-Fraktion vom 11.11.18

„Vorziehen Neu- / Umbau GS Unterhaan“

Stv. Lukat teilt mit, dass die WLH-Fraktion den Antrag bis zur weiteren Beratung des Themas im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKSA) zurückstelle.

Nr. P11, P12 – Anträge der SPD-Fraktion vom 11.11.18

„Medienkonzept Schulen / Prüfung OGS-Erweiterung“

Die SPD-Fraktion hat die o.g. Anträge zurückgezogen.

Nr. P13 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18

„Prüfung Rahmenbedingungen Ganztagsgrundschule“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Nr. P23 – Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.18

„Projekt Gemüseklasse“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Nr. P24 – Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.18

„Defibrillatoren in Sporthallen“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**Nr. P29 – Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.18
„Don Bosco Mensa“**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

15 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

Produktbereich 04 - Kultur

Nr. 10, 11 – Veränderungsanträge der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

Nr. 24 – Veränderungsanträge der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Produktbereich 05 – Soziale Leistungen

Nr. 6, 7 – Veränderungsanträge der Verwaltung

Die beiden Veränderungsanträge der Verwaltung wurden bereits unter TOP 15 beraten und einstimmig (a.) und mehrheitlich (b.) angenommen.

**Nr. P5 – Antrag der GAL-Fraktion vom 12.11.18
„Projekt Menschenrechte“**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

**Nr. P7 – Antrag der WLH-Fraktion vom 12.11.18
„Anpassung Zuschüsse an freie Träger – Inflationsausgleich“**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmgleichheit abgelehnt

9 Ja / 9 Nein / 0 Enthaltungen

Produktbereich 06 – Kinder-, Jugend-, Familienhilfe**Nr. 12, 13, 14, 15, 22 – Veränderungsanträge der Verwaltung**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**Nr. P22 – Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.18
„Renovierung Jugendhaus“**

Stv. Kaimer erläutert, dass es hier darum gehe ein Zeichen zu setzen und den Kindern und Jugendlichen ein ansprechendes, renoviertes Jugendhaus zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich solle im Jugendhilfeausschuss (JHA) eine weitere Diskussion hierüber stattfinden, da es hier nicht nur allein um neue Farbe an den Wänden gehe, sondern auch die Sanitäreinrichtungen einer Renovierung bedürften. Sollte bei der Beratung im JHA deutlich werden, dass hier auch ggfs. neue Möbel angeschafft werden müssten, so werde man sich dem nicht verschließen. Er betont, dass die 50.000 Euro nicht zusätzlich in den Haushalt eingestellt, sondern aus laufenden Mitteln bereitgestellt werden.

Stv. Lukat stellt einen mündlichen Antrag der WLH-Fraktion auf Einstellung von 10.000,- Euro investiver Mittel für das Jugendhaus. Diese sollen zunächst mit einem Sperrvermerk im Haushalt eingestellt werden. Sie begründet dies damit, dass die Anschaffung neuer Möbel nur über investive Mittel erfolgen könne. Dies sei mit dem Antrag der CDU-Fraktion allein nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:**Antrag der CDU-Fraktion**

einstimmig angenommen

14 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen

mündlicher Antrag der WLH-Fraktion

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

**Nr. P25 – Antrag der GAL-Fraktion vom 25.10.18
„Personal- und Sachkosten Kinderparlament“**

Stv. Sack teilt mit, dass die GAL-Fraktion den Antrag zurückziehe.

**Nr. P26 – Gemeinsamer Antrag der CDU und SPD vom 13.11.18
„Personal- und Sachkosten Kinderparlament“**

Abstimmungsergebnis:

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

Produktbereich 08 - Sportförderung

**Nr. P30 – Antrag der WLH-Fraktion vom 21.11.18
„Umgestaltung Sportplatz Hochdahler Str.“**

Abstimmungsergebnis:

Über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages wurde getrennt abgestimmt.

Zu 1.

einstimmig angenommen

Zu 2.

mehrheitlich abgelehnt

2 Ja / 16 Nein / 0 Enthaltungen

Produktbereich 11 – Ver- und Entsorgung

Nr. 32 – Veränderungsantrag der Verwaltung

Der Veränderungsantrag der Verwaltung wurde bereits unter TOP 7 beraten und einstimmig angenommen.

**Nr. P2 – Antrag der WLH-Fraktion vom 10.11.18
„Organisation einer Dreck-weg-Aktionswoche“**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

9 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

Nr. P15 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18

„Anschaffung größerer Abfallbehälter mit Pfandring, Aschenbecher, Hundetütenspender“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Produktbereich 12 – Verkehrsflächen / ÖPNV

Nr. 20, 21, 33 – Veränderungsanträge der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**Nr. P6 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18
„Beschilderung etc. Grube 7“**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

**Nr. P9 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18
„Aussetzung Straßenbaubeiträge“**

Der Antrag wird bis zu den Haushaltsplanberatungen 2020 zurückgestellt

**Nr. P16 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18
„Anschaffung zweier Smartbenches“**

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich abgelehnt
7 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltung

**Nr. P34 – Antrag der WLH-Fraktion vom 21.11.18
„Aufhebungsbeschluss Straßenausbaubeitragsatzung vom 27.07.17 –
Rückkehr zu alten Beträgen“**

Stv. Lukat erläutert den Antrag.

StVD Rennert erklärt, dass die derzeitige Satzung 2016 in Kraft getreten sei. Bei Aufhebung der aktuellen Satzung gelte automatisch die vorherige Satzung. Er empfiehlt jedoch, ein solches Aufhebungsverfahren nur mit vorheriger Beratung im Fachausschuss und anschließend im Rat durchzuführen, als unbedingt in der nächsten Sitzung des Rates einen Beschluss zu erzwingen.

Stv. Ruppert verweist auf den Landtag, welcher dieses Thema aufgrund eines Antrages der SPD-Landtagsfraktion diskutiert habe. Zwar wurde der SPD-Antrag abgelehnt, doch man habe sich geeinigt das Thema erneut anzugehen. Er schlägt vor, dass die Stadt Haan die erneute Diskussion des Landtages abwarte und erst im Anschluss daran eine solche Beratung aufzunehmen. Es gäbe aus Sicht der FDP-Fraktion noch zu viele offene Fragen. Er meldet daher für die FDP-Fraktion **Beratungsbedarf** an.

**Nr. P33 (neu) – Antrag des Stv. Schniewind vom 27.11.18
„Ausweitung Taktung 786 und 742“**

Stv. Schniewind erläutert seinen Antrag.

Stv. Lukat stimmt einer Verbesserung der Taktung zu. Eine Erweiterung der Fahrzeiten müsse jedoch vorab im Fachausschuss besprochen werden, vor allem auch deshalb, weil so die finanziellen Auswirkungen nicht genau bekannt seien.

Techn. Bgo. Alparisan erläutert, dass der Antrag des Herrn Schniewind und die damit verbundenen Erweiterungen der Fahrzeiten bisher noch nicht mit der Stadt Erkrath, Stadt Mettmann oder der Kreisverwaltung abgesprochen seien.

Stv. Stracke ergänzt, dass bis zur Abstimmung unter den Städten und den Verkehrsbetrieben sowie im Fachausschuss einige Zeit verstreiche und man vermutlich erst 2020 konkret über die Erweiterung der Fahrzeiten sprechen könne. Er schlägt vor, den Antrag bis zu den Haushaltsplanberatungen 2020 zurückzustellen.

Stv. Schniewind hält an seinem Antrag fest. Bis zur Sitzung des Rates am 18.12.18 könnten entsprechende Zahlen vorliegen, so dass der Rat den Antrag beschließen könne. Er schlägt vor, dass der Betrag ggf. mit einem Sperrvermerk versehen wird.

Nr. P35 – Antrag der WLH-Fraktion vom 11.11.18
„Ermittlung der Kosten Beleuchtung Skateranlage“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

17 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

Produktbereich 14 - Umweltschutz

Nr. P8 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18
„Beratungsstelle Dach- und Fassadenbegrünung“

Stv. Stracke erläutert den Antrag der SPD-Fraktion

Stv. Kaimer führt aus, dass es doch bereits Beratungsstellen für Fassadenbegrünung gebe. Die von der SPD-Fraktion beantragten Mittel für den Haushalt sehe die CDU-Fraktion als nicht ausreichend begründet.

Stv. Rehm stimmt dem zu und schlägt vor, dass ein solcher Antrag grundsätzlich zu begrüßen sei, jedoch halte die GAL-Fraktion eine vorangehende Beratung im Fachausschuss für notwendig um den Antrag stärker zu konkretisieren.

Stv. Stracke schlägt vor, die finanziellen Mittel mit einem Sperrvermerk in den Haushalt 2019 aufzunehmen. Im Anschluss könne eine weitergehende Beratung im Fachausschuss stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

8 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen

Nr. P10 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18
„Prüfung Photovoltaik und Dachbegrünung öffentlicher Gebäude“

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück.

Nr. P31 – Antrag der GAL-Fraktion vom 22.11.18
„Nachhaltige Kommune“

Stv. Ruppert merkt an, dass es ohnehin die Pflicht einer öffentlichen Verwaltung sei, nachhaltig zu arbeiten. Aus dem Antrag gehe nicht klar hervor, was die Verwaltung im Rahmen der Nachhaltigkeit verbessern solle.

Stv. Rehm erklärt, dass die GAL-Fraktion der Meinung sei, dass die Stadtverwaltung durchaus an manchen Stellen nachhaltig arbeite, jedoch noch mehr getan werden könne. Daher habe die GAL diesen Antrag gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

Produktbereich 15 – Wirtschaft und Tourismus

Nr. 25 – Veränderungsantrag der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Nr. P28 – Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.18
„WLAN Innenstadt“

Stv. Kaimer führt aus, dass es bezüglich des freien WLAN in Gruiton sehr gute Erfahrungen gäbe und die Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot gerne nutzen. Diese gewonnenen, guten Erfahrungen sollen jetzt in den Haaner Innenstadtbereich getragen werden. Die finanziellen Mittel errechneten sich aus Erfahrungswerten.

Stv. Lukat möchte wissen, ob hiervon nur die Router oder auch die gesamten Internetkosten getragen würden.

StOVR Titzer erläutert, dass dies nur die Kosten für die Router seien.

Bgm'in Dr. Warnecke ergänzt, dass im Vorfeld auch mit den ansässigen Einzelhändlern gesprochen worden sei und deren Meinungsbild bezüglich des freien WLAN sehr positiv sei.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag zu TOP 17:

Der HFA empfiehlt dem Rat die Ansätze des Stellen-, Ergebnis- und Finanzplanes unter Berücksichtigung

1. der Veränderungsanträge der Verwaltung (*lfd. Nrn. 1 bis 35*) und
2. der Veränderungsanträge der Politik (*lfd. Nrn. P2 - P3, P5 – P6, P13, P15, P17, P20 – P24, P26 – P32 und P35*)

und ansonsten wie im Haushaltsplanentwurf 2019 dargestellt, vorbehaltlich der noch nichtöffentlich zu treffenden Beschlüsse, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis zu TOP 17:

mehrheitlich angenommen

13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

18./ Beantwortung von Anfragen**Protokoll:**

Es liegen keine Anfragen vor.

19./ Mitteilungen**Protokoll:**

Stv. Schniewind äußert sich sehr positiv über die gute Aufbereitung der Haushaltsunterlagen und richtet seinen Dank an alle Beteiligten der Verwaltung.

Stv. Lukat teilt mit, dass derzeit viele Eschen in Gruiten gefällt werden würden. Vielen Bürgern sei jedoch aufgrund mangelnder Information nicht klar, dass diese aufgrund von starkem Pilzbefall geschehen müsse. Sie bittet darum, solche Sachverhalte besser im Vorfeld zu kommunizieren, so dass keine Missverständnisse aufkommen können.